

Ausgabe 23.Juni 2017

Newsletter

In dieser Ausgabe

1. Sozialdemokratie am Scheideweg
2. Save the Date: Mitgliederversammlung in Springe
3. Auswertung Landtagswahlen
4. Lesehinweis: Das Schwarzbuch AfD
5. Die Klasse zählt

1. Sozialdemokratie am Scheideweg

Die vorangegangenen Wahlen in Deutschland und in der Europäischen Union machen deutlich, dass die anhängig Beschäftigten nach Antworten auf die durch den Neoliberalismus verursachten Krisen suchen. Die soziale Spaltung in Europa nimmt zu, Arbeitnehmer*innenrechte werden abgebaut oder unterwandert. Die Demokratie in der Bundesrepublik präsentiert sich als eine Verwaltung des Status quo und strebt eine marktconforme Demokratie an. Doch kommen derzeit die Antworten auf die Krise von neurechten Parteien.

*Politik für die Vielen, nicht
für die Wenigen*

Für Arbeitnehmer*innen stellen rechte Parteien mehr und mehr eine Alternative zu sozialdemokratische Parteien dar, die ohne Bodenhaftung bzw. Zielgruppenbindung sind. Die lange ignorierte Zunahme des Nichtwähler*innenanteils in der Arbeitnehmer*innenschaft der vergangenen Jahrzehnte legen den Verdacht nahe, dass die sozialdemokratischen Parteien in einem schleichenden Prozess deren Interessen aus dem Blick verloren haben. Dabei hat sich deutlich gezeigt: Wähler*innenpotential ist vorhanden. Das zeigte der Stimmungsaufschwung um die Wahl und Nominierung von Martin Schulz. Auch die Wahlen in Großbritannien oder die Regierungen in Portugal und der Wallonie beweisen, dass eine klassische sozialdemokratische Politik mit Verankerung in der Arbeitnehmer*innenschaft möglich ist.

Martin Schulz hat die richtigen Fragen gestellt, doch blieb bislang konkrete und mutige Antworten schuldig. Es hat sich aber auch gezeigt, dass allein ein Personalwechsel an der Spitze einer Partei Glaubwürdigkeits- und Vertrauensverluste nicht kurzfristig heilen kann. Soziale Gerechtigkeit und Solidarität sind keine Sachen, die unkonkret bleiben dürfen. Angesichts der Krise der europäischen Sozialdemokratie stellt sich die Frage, welche Politiken es gibt, um die Sozialdemokratie auf nationaler und europäischer Ebene zum Erfolg zu führen.

Die erste Fragen muss sein: Gerechtigkeit für wen und gegenüber wem? Solidarität mit wem gegen wen? Wer sind diese Vielen? Ist es die arbeitende Mitte, Dienstleistungsproletarier*innen, Industriearbeiter*innen, Crowdworker*innen oder Akademiker*innen? In der Wissenschaft gibt es inzwischen eine Diskussion über Bereitschaft politischer Amtsträger, auf Interessen der Bürger einzugehen („Responsivität“). Denn der politische Einfluss ist ungleich verteilt. Dabei ist es dringend notwendig, der Ungleichverteilung politischer Macht entgegenzuwirken, da Arbeiter*innen „in vielen Bereichen andere Einstellungen als Menschen aus anderen sozialen Klassen“ haben. Wir leben keineswegs in einer klassenlosen Gesellschaft, jedoch sind die politischen Einflussmöglichkeiten der Arbeiter*innen begrenzt, da sie weniger am politischen Prozess beteiligt

sind (Böckler Impuls 10/2016). Dies hat Auswirkungen auf Themen der Arbeitnehmer*innenschaft in der politischen Debatte, was sich letztlich in Positionen und Entscheidungen widerspiegelt. Infolge dessen verläuft die politische Ungleichheit erschreckend parallel zur sozialen Ungleichheit.

Es stellt sich die Frage, ob die Parteien, die aus der Organisationen der Arbeiter*innenbewegung kommen, die Ungleichverteilung politischer Macht und die soziale Ungleichheit aufnehmen – und wenn ja, wie? Fest steht, dass erneuerte Angebote an diese Klassen der abhängig Beschäftigten gemacht werden müssen, wenn man sie erneut erreichen will.

Wie in der Vergangenheit vom Kasseler Kreis – FSG diskutiert, sind die Herausforderungen um die sich zuspitzenden Konflikte um Arbeit und wirtschaftlicher Macht drängend: Harte Tarifeinensetzungen, Anpassung der Rahmenbedingungen unseres Sozialstaates an den Markt, zunehmende Digitalisierung der Gesellschaft und Wirtschaft, Umgehung von Mitbestimmungsrechten sowie fehlende Achtung vor den Beschäftigten in den Unternehmen und Verwaltungen. Das hat Auswirkungen auf die Haltungen der abhängig Beschäftigten und ihren Angehörigen.

Vielerorts wurde erfolgreich darauf hingearbeitet, Arbeits- und Sozialstandards der Beschäftigten abzusinken. Die Auswirkungen sind politisch und gesellschaftlich verheerend: Rechte Gruppierung wissen das entstandene Ungerechtigkeitsgefühl als anti-elitären Ausdruck für sich zu nutzen. Doch es gibt Handlungsmöglichkeiten: Der egalitäre Ausbruch muss der Sozialdemokratie zum Vorteil gereichen, indem soziale und politische Ungleichheit glaubwürdig angegangen werden – zunächst in den eigenen Verantwortungsbereichen.

Voraussetzung für ein gesellschaftliches Projekt für gesellschaftliche Mehrheiten ist, dass die sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften gemeinsame Strategien in der Sozial- und Arbeitspolitik entwickeln. Das geht in erster Linie durch Personen, die in der Lage sind, dies glaubwürdig zu vertreten.

Liberaler Stehaufmännchen wie Macron oder Lindner dürfen nicht die Alternative zur Sozialdemokratie werden!

Von Knut Lambertin und Willi Francke

2. Save the Date: Mitgliederversammlung in Springe

01. bis 02. Dezember 2017 in Springe bei Hannover.

Weitere Informationen folgen über den Mitgliederverteiler.

3. Auswertung der Landtagswahlen

Bei den Wahlen zum Landtag von **Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und dem Saarland** wurden einige sozialdemokratische Abgeordnete gewählt, die zuvor gewerkschaftspolitisch aktiv waren oder dies immer noch sind. Wir haben diese MdLs aufgelistet:

Im Landtag von Nordrhein-Westfalen

1. Dietmar Bell

- Gewerkschaftssekretär der ÖTV Wuppertal von 1991 bis 1999
- ab 1999 Geschäftsführer der Gewerkschaft ÖTV/ver.di Wuppertal
- Mitglied der Gewerkschaft ÖTV/ver.di seit 1984

2. Jürgen Berghahn

- Tätigkeit in einem Möbelwerk 1984 bis 2008
- dort Mitglied des Betriebsrates 1994 bis 2008
- Vorsitzender 1999 bis 2008 und stellvertretender Konzernbetriebsratsvorsitzender 2002 bis 2008
- Mitglied der IG Metall seit 1984

3. Rainer Bischoff

- 1989 bis 1991 Sekretär der Gewerkschaft IG Metall, Verwaltungsstelle Gütersloh
- 1991 bis 1992 Jugendbildungsreferent des DGB-Kreises Bielefeld-Gütersloh
- 1992 bis 1996 Landesjugendsekretär des DGB Nordrhein-Westfalen
- 1996 bis 2012 Vorsitzender der DGB-Region Niederrhein
- Mitglied der IG Metall

4. Gorden Dudas

- Seit 1995 Tätigkeit im Möbeleinzelhandel
- dort Betriebsratsvorsitzender ab 1998
- Mitglied der ver.di

5. Andreas Kossiski

- Ab 2009 hauptamtlicher Vorsitzender der DGB-Region Köln-Bonn
- Mitglied der GdP seit 1974

6. Carsten Löcker

- 1987 bis 2000 Berufskraftfahrer
- 2000 bis 2009 freigestellter Betriebsrat
- 2009 bis 2010 Betriebsratsvorsitzender

7. Angela Lück

- 1979 bis 1990 Krankenschwester in der Kardiologie im Herz- und Diabeteszentrum NRW (HDZ)
- dort von 1990 bis 2010 Betriebsrätstätigkeit
- Mitglied bei ver.di

8. Josef Neumann

- 1990 bis 1997 Gewerkschaftssekretär in der ÖTV-Kreisverwaltung Solingen
- 1998 bis 2001 Geschäftsführer der ÖTV-Kreisverwaltung Solingen/Rhein Wupper
- Mitglied der Gewerkschaft ÖTV/ver.di seit 1977

9. Norbert Römer

- 1974 bis 1995 verschiedene Tätigkeiten in der Redaktion und Abteilung Presse bei der Gewerkschaft IGBE
- 1996 bis 2006 Gewerkschaftssekretär bei der Gewerkschaft IGBE, heute IG BCE
- Mitglied der IG BCE

10. Rainer Schmeltzer

- 1992 bis 1995 Gewerkschaftssekretär der ÖTV im Büro des Hauptvorstandes in Berlin
- 1995 bis 2000 Gewerkschaftssekretär der ÖTV in der Kreisverwaltung Unna
- Mitglied der Gewerkschaft ÖTV/ver.di seit 1979

11. Ina Spanier-Oppermann

- Seit 1998 Tätigkeit in einem Unternehmen in Krefeld als Leiterin Aus- und Weiterbildung und Qualitätsmanagerin
- dort von 2002 bis 2014 Betriebsrats- und Gesamtbetriebsratsvorsitzende
- Mitglied der ver.di seit 2009

12. Christina Weng

- 1995 bis 2000 stellv. Personalratsvorsitzende des Klinikum Minden
- 2000 bis 2006 Personalratsvorsitzende der Kliniken im Mühlenkreis
- Ab 2006 Personalratsvorsitzende der Mühlenkreiskliniken AöR
- Mitglied der ÖTV/ver.di

Im Landtag von Schleswig-Holstein

Im Landtag von Schleswig-Holstein ist kein sozialdemokratischer Abgeordneter vertreten, der zuvor -für uns erkennbar- gewerkschaftspolitisch aktiv gewesen ist (im Umfeld einer DGB-Mitgliedsgewerkschaft).

Im Landtag vom Saarland

1. Elke Eder-Hippler

- 1986 bis 1988 Ausbildung zur Gewerkschaftssekretärin bei der ÖTV.
- anschließend Geschäftsführerin der ÖTV-Kreisverwaltung Homburg - St. Ingbert.

2. Hans Peter Kurtz

- 1983 und 1984 Studium an der Akademie der Arbeit in der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main.
- Nach dem Studium wurde er Gewerkschaftssekretär bei der IG Metall in Darmstadt (1985 bis 1990)
- seit 1990 übt er den gleichen Posten im Saarland aus.
- im Mai 2004 wurde er zum „ersten Bevollmächtigten der IG Metall Verwaltungsstelle Saarbrücken“ gewählt.
- Seit dem 15. Juli 2005 ist er Vorstandsvorsitzender der Arbeitskammer des Saarlandes.

3. Isolde Ries

- 1974 beim Deutschen Gewerkschaftsbund in den Abteilungen Presse/Organisation/Arbeitsrecht beschäftigt.
- 1984 - 1987 Ausbildung zur Gewerkschaftssekretärin bei der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten in Darmstadt.
- seit 1987 Gewerkschafterin bei NGG und dort tätig als Verhandlungsführerin im Tarifbereich Hotel und Gaststätten, Bäckerhandwerk, Hauswirtschaft.

4. Volker Schmidt

- 1978 bis 1985 war er als medizinisch-technischer Radiologieassistent im Kreiskrankenhaus Völklingen tätig. Dort hatte er auch den Vorsitz des Personalrats inne.

Von Sarah Fenger und Willi Francke

4. Lesehinweis: Das Schwarzbuch AfD

Die Ergebnisse der rechtspopulistischen Partei Alternative für Deutschland (AfD) sind im Jahr 2017 unter den selbstgesteckten Erwartungen ihrer Manager*innen zurückgeblieben. Dennoch sehen Umfragen die Partei der Neuen Rechten in Deutschland noch immer sicher im Deutschen Bundestag. Zustimmung erfährt die AfD dabei auch von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern – ob aus Protest, Enttäuschung oder Überzeugung. Aus unserer Geschichte wissen wir aber, dass es für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer niemals Sicherheit und Fortschritt bedeutet hat, wenn Einheit und Miteinander verloren gegangen sind. Aufklärungsarbeit über die demokratie- und arbeitnehmerfeindlichen Positionen der AfD bleibt darum in den ausstehenden Wochen und Monaten bis zur Bundestagswahl am 24. September notwendig.

Ein gut recherchiertes Buch und im besten Sinne „aufklärend“ ist das Schwarzbuch AfD des Berliner Recherchebüros Correctiv. Das Buch entwirft eine Gesamtschau der Partei, der Herkunft ihrer Manager*innen, ihren Verbindungen ins rechtsradikale Milieu, den Verbindungen zu anderen Parteien der

Neuen Rechten in Europa und unterzieht den gezielten Provokationen der AfD einen Faktencheck. Der DGB und seine Einzelgewerkschaften haben eine angemessene Auflage des Buches bestellt. Auch der Vorstand des Kasseler Kreises empfiehlt die Lektüre und eine breite Diskussion über die Inhalte eines lesenswerten Buches.

Das Schwarzbuch AfD, 224 Seiten, kann für 10 Euro direkt bei Correctiv bestellt werden:

<https://correctiv.jimdo.com/#product-desc-15467293325>

Von Stephanie Albrecht

5. Die Klasse zählt

Auf der Suche nach Unterschieden der politischen Einstellungen zwischen unterschiedlichen Berufsgruppen stellen Lea Elsässer und Armin Schäfer fest: Arbeiter unterscheiden sich mit ihren politischen Einstellungen signifikant von denen anderer Berufsgruppen, wie Selbstständige, Angestellte und Beamte. Die Wissenschaftler vom Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung und der Universität Osnabrück untersuchten dazu 700 Sachfragen aus Umfragen zwischen 1980 und 2012. Dabei wurde nach Zustimmung oder Ablehnung zu politischen Debatten, wie Privatisierung der Deutschen Bundesbahn, Riesterrente oder einem möglichen Verbot der NPD gefragt. „Die Befragten innerhalb einer sozialen Klasse sind in ihren Einstellungen systematisch ähnlicher als Befragte aus unterschiedlichen sozialen Klassen“, so Elsässer und Schäfer.

Gleichzeitig stellen sie fest, dass es eine Korrelation zwischen sozialer Klasse und politischer Repräsentation gibt. Die „klassenlose Gesellschaft“ existiere nach Auffassung der Autoren nicht. Die überrepräsentierte männliche Mittelschicht bestimme die politische Agenda und Entscheidungen auf Kosten von Frauen, Migrant*innen und Arbeiter*innen. In der Konsequenz könnte die Unterrepräsentation der Arbeiter*innen am politischen Prozess zu Politikentscheidungen entgegen ihrer Interessen führen, was das Prinzip der politischen Gleichberechtigung der Bürger*innen untergrabe. Das gelte auch für Deutschland: In den hiesigen Parlamenten gebe es kaum noch Abgeordnete aus der Arbeiterschaft. Nun gilt es zu untersuchen, ob die Ursache sozialer Ungleichheit auf politische Repräsentation zurückgeführt werden kann.

Von Willi Francke

v.i.S.d.P. Knut Lambertin, 2017